

2795/J XX.GP

der Abg. Dr. Pumberger ,Mag. Haupt und Kollegen  
betreffend ausländisches Gesundheitspersonal in Österreich  
Dem Erstunterzeichner sind Gerüchte aus Kreisen des österreichischen  
Krankenpflegepersonals zu Ohren gekommen, wonach tausende chinesische  
und russische Krankenschwestern im Rahmen von Joint Ventures als  
Weiterbildungsprogramm getarnten regulären Dienst in österreichischen  
Krankenanstalten verrichten. Angeblich werden sie nach Absolvierung  
eines Kurzdiplooms im Heimatland und eines Deutsch-Schnellkurses jeweils  
zwei Jahre lang - als diplomiertes Pflegepersonal gekennzeichnet und  
auf Patienten in österreichischen Krankenanstalten losgelassen.  
Die Entlohnung der chinesischen Schwestern erfolge seitens der Kranken-  
anstalten in gleicher Höhe wie für diplomiertes Personal, wobei aber die  
Schwester selbst nur ein Drittel erhalte, die restlichen zwei Drittel  
werden angeblich auf den chinesischen Staat und die Familie der Kranken-  
schwester aufgeteilt. Für die Unterbringung der ausländischen Schwestern  
sei z.B. im 3. Bezirk ein eigener Wohnturm errichtet worden.  
Demgegenüber behauptete die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und  
Soziales anlässlich der Beratungen des FPÖ-Antrages 390/A(E) betreffend  
Ausbildungsoffensive in Gesundheitsberufen für Österreicher/innen im  
Gesundheitsausschuß am 25.6.1997, die Zahl der Ausländer in Gesundheits-  
berufen betrage nur 5,3 %. Sie sprach in diesem Zusammenhang von einem  
Ausbildungsabkommen für 20 chinesische Krankenschwestern, als ständiges  
Kontingent.  
Zwecks Klarstellung der Sachlage richten die unterzeichneten Abgeordneten  
an die Frau Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales die  
nachstehende

Anfrage:

1. Wer sind die Vertragspartner des Ausbildungsabkommens für chinesisches  
Krankenhauspersonal ?
2. Für welche Dauer wurde dieses Abkommen abgeschlossen ?
3. Wie viele Personen werden im Rahmen dieses Abkommens in Österreich  
aus- oder weitergebildet bzw. üben im Rahmen dieses Abkommens eine  
gesundheits- und krankenpflegeberufliche Tätigkeit aus ?
4. Stimmt es, daß
  - a. die auf Grund dieses Abkommens tätigen Personen in gleicher Höhe  
wie österreichisches diplomiertes Personal entlohnt werden,
  - b. diese Entlohnung jedoch nur zum Teil ausbezahlt erhalten,
  - c. die restliche Entlohnung dem Heimatland bzw. der Familie überwiesen  
wird ?
5. Wie lautet die diesbezügliche Bestimmung dieses Abkommens ?

6. Stimmt es, daß  
die im Rahmen dieses Abkommens in österreichischen Krankenanstalten  
tätigen Personen hinsichtlich ihrer Befugnisse dem diplomierten  
Personal gleichgestellt sind ?
7. Stimmt es, daß diese chinesischen Krankenschwestern nur über ein  
Kurzdiplom verfügen bzw. daß die Gleichwertigkeit der Ausbildungsqualität  
mit österreichischem Diplompersonal nicht gegeben ist ?
8. Wie wird die Qualität der vorhandenen Deutschkenntnisse  
a. definiert,  
b. überprüft ?
9. Findet für die im Rahmen dieses Abkommens in österreichischen Kranken-  
anstalten tätigen Personen ein Nostrifikationsverfahren statt ?  
Wenn nein: Warum nicht ?  
Wenn ja: wie lauteten die bisherigen Anforderungen ?  
Wem oblag bisher die Durchführung des Nostrifikationsverfahrens ?
10. Mit welchen sonstigen Vertragspartnern gibt es ähnliche " Ausbildungs-  
abkommen für ausländisches Gesundheits- und Krankenpflegepersonal ?
11. Wie groß sind die Personenkontingente bei den sonstigen Abkommen ?
12. Wie beurteilt Ihr für die Arbeitsplatzsituation in Österreich zuständiges  
Ressort die Auswirkungen dieser Abkommen auf die Beschäftigung österrei-  
chischen Gesundheits- und Krankenpflegepersonals ?
13. Wie beurteilt Ihr für die Ausbildung in Gesundheits- und Krankenpflege-  
berufen zuständiges Ressort die Auswirkungen dieser Abkommen auf die  
Motivation österreichischer Krankenanstalten, Österreicher/innen in  
Gesundheits- und Krankenpflegeberufen in verstärktem Maße auszubilden,  
wenn ständig frisches ausländisches, quasi "fertiges" Personal aus  
Ländern abgerufen werden kann, die diese Arbeitskräfte für die eigenen  
Patienten dringend benötigen würden, sie diesen aber vorenthält und  
lieber lukrativen Arbeitskräftehandel betreiben?
14. Wie beurteilt Ihr Ressort die nunmehr durch das neue Gesundheits- und  
Krankenpflegegesetz legalisierte und vielfach geübte Praxis des  
Spritzen- und Infusionengebens durch diplomiertes Krankenpflegepersonal  
einerseits und diesem gleichgestellte Personen (z.B. im Rahmen solcher  
Ausbildungsabkommen) im Lichte der heuer bekannt gewordenen Todesfälle  
von Patientinnen, die zur Abschiebung einer polnischen Krankenschwester  
und zum Selbstmord einer philippinischen Schwester geführt haben ?